

## Polizei Wochenendbilanz

Am vergangenen Wochenende nahm die Polizei an insgesamt 78 Treffen teil, darunter Kundgebungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie und Treffen anlässlich des Nahostkonflikts. Die Einhaltung der Corona-Verordnung wurde ebenfalls überprüft. „Die Ereignisse des vergangenen Wochenendes sind inakzeptabel. Wir tolerieren keinen Hass und keine Aufregung gegen Juden auf unseren Straßen. Daher werden alle, die Hass, Aufregung und Gewalt gesehen haben, die volle Härte der Rechtsstaatlichkeit erfahren. Die Situation im Nahen Osten ist schlimm und wir beobachten die Entwicklungen dort mit Besorgnis. Der Konflikt sollte unter keinen Umständen mit Gewalt auf unserem Boden geführt werden“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister &hellip;



**Am vergangenen Wochenende nahm die Polizei an insgesamt 78 Treffen teil, darunter Kundgebungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie und Treffen anlässlich des Nahostkonflikts. Die Einhaltung der**

## **Corona-Verordnung wurde ebenfalls überprüft.**

„Die Ereignisse des vergangenen Wochenendes sind inakzeptabel. Wir tolerieren keinen Hass und keine Aufregung gegen Juden auf unseren Straßen. Daher werden alle, die Hass, Aufregung und Gewalt gesehen haben, die volle Härte der Rechtsstaatlichkeit erfahren. Die Situation im Nahen Osten ist schlimm und wir beobachten die Entwicklungen dort mit Besorgnis. Der Konflikt sollte unter keinen Umständen mit Gewalt auf unserem Boden geführt werden“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister **Thomas Strobl** mit Blick auf das vergangene Wochenende in Baden-Württemberg.

Vom 14. bis 16. Mai 2021 wurden landesweit 78 Versammlungen mit rund 13.500 Personen von der Polizei begleitet. Davon standen 24 Kundgebungen mit rund 1.500 Teilnehmern im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Ein polizeilicher Schwerpunkt des Wochenendes lag auf 15 Demonstrationen mit rund 10.000 Teilnehmern, die zur Eskalation des Nahostkonflikts führten.

## **Treffen rund um den Nahostkonflikt**

So nahmen gestern in Heilbronn rund 700 Menschen an einem Treffen unter dem Motto „Freies Palästina – Angriff auf Muslime in Palästina“ teil. Gestern hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit 200 Menschen in Mannheim Solidarität gezeigt. Beide Treffen verliefen friedlich und problemlos.

Die Polizei musste am Samstag bei Kundgebungen in Stuttgart und Mannheim eingreifen. In beiden Städten änderte sich die zunächst friedliche Stimmung, so dass die Treffen abgebrochen werden mussten. Es gab Feindseligkeiten und Provokationen unter den anwesenden Gruppen und in einigen Fällen auch gegen die Polizei. In Mannheim musste die Polizei Teilnehmer zurückschieben, die versuchten, eine Absperrung zu durchbrechen. Nach mehreren hundert Identitätsprüfungen und

Räumungen müssen viele der dortigen Demonstranten nun mit Anklage rechnen.

„Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Gut in unserer Demokratie. Um dieses Recht ausüben zu können, müssen jedoch auch bestimmte Regeln eingehalten werden. Jeder, der Gewalt anwendet oder dazu aufruft, hat dieses Recht verwirkt. In Stuttgart und Mannheim hat die Polizei mit ihrer Konsequenz ein Beispiel gegeben. Wer hier demonstriert, demonstriert rechtsstaatlich oder gar nicht. Wir akzeptieren keinen Extremismus, keine Diskriminierung und keinen Antisemitismus“, sagte Innenminister Thomas Strobl.

## **Verstöße gegen die Corona-Verordnung**

Neben der Zusammenkunft liegt ein Schwerpunkt der polizeilichen Maßnahmen weiterhin auf den Kontrollen zur Sicherstellung der Einhaltung der **Corona-Regelung**. Die Polizei verzeichnete am vergangenen Wochenende landesweit rund 3.400 Verstöße gegen die Corona-Verordnung. Davon entfielen mehr als 1.000 auf die Verpflichtung, eine Mund- und Nasenabdeckung zu tragen, und rund 800 auf die Bestimmungen für Versammlungen und private oder andere Veranstaltungen.

### **Weitere Informationen zum Coronavirus in Baden-Württemberg**

Mit unserer **Kurierdienst** Sie erhalten immer alle Änderungen und wichtigen Informationen, die aktuell sind, als Push-Nachricht auf Ihrem Mobiltelefon.

Inspiziert von Landesregierung BW

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**